(Zweites Blatt.)

Thorner Zeitung.

Nr. 283 Mittwoch, den 2. Dezember 1896.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom Montag, 30. November.

Bei der heutigen ersten Lesung des Etats gab der Herr Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky zunächst eine Uebersicht über die Entwickelung des Rechnungsjahres 1895|96, welches in jeder Beziehung einen günstigen Abschluß geliefert habe. Der Ueberschuß aus der eigenen Wirthschaft des Reiches betrage fast 12 Millionen und decke sich mit seiner Schätzung vom vorigen Jahr. Auch die Gesammtzahlungsbilanz sei günstig, weil sie hinter der Soll-Ausgabe des Etats zurückgeblieben sei. Die Summe der Etats-Ueberschreitungen sei die niedrigste der letzten sieben Jahre. Die Eisenbahnen hätten 11 Prozent, die Post über 29 Prozent mehr gegen das Vorjahr gebracht. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten betrügen 40 Millionen mehr wie der Voranschlag. Auch unsere Handelsbilanz habe sich günstiger gegenüber dem Jahre 1889 gestaltet, dem ersten zulässigen Vergleichsjahr aus der Vergangenheit. Der Ausfall an Zoll-Einnahmen in Folge der Handelsverträge sei rein finanziell und nach absoluten Zahlen betrachtet, längst beglichen. Für die Bundesstaaten scheine wieder eine Periode der Ueberschüsse zu beginnen, dies mahne aber ernstlich dazu, das finanzielle Verhältniß des Reiches zu den Einzelstaaten auf eine andere gesetzliche Grundlage zu stellen. An den beiden Grundsätzen des zweiten Finanz-Reform-Gesetzes, welches von der Balanz zwischen Matrikularbeiträgen und Ueberweisungen ausging, müsse festgehalten werden, d. h. Sicherung der Einzelstaaten, wenn auch nur für eine befristete Zeit, gegen wechselnde und unerwartete Anforderungen des Reichs sowie Schuldentilgung nach Maßgabe der finanziellen Entwickelung. Zu der voraussichtlichen Gestaltung des laufenden Rechnungsjahres übergehend betonte Graf von Posadowsky, daß die letzte Branntweinsteuer-Novelle die an sie gestellten Erwartungen, sowohl was die Preisgestaltung wie den Export betreffe, durchaus erfüllt habe. Es dürfte nicht voreilig sein, nach $1\frac{1}{2}$-jähriger Wirksamkeit des Gesetzes diese Ansicht auszusprechen. Im Reich sei in diesem Jahre auf einen Ueberschuß von fast 25 Millionen zu rechnen, von welchen allerdings die 9 Millionen abzuziehen seien, welche durch die Nachtragsetats hierauf angewiesen wären; hierzu würde eventuell noch eine Million aus der Konvertirung der 4prozentigen Reichsanleihe hinzutreten. Die Ueberweisungssteuern würden gegenüber dem Etat zu Gunsten der Bundesstaaten, soweit sich bis jetzt übersehen lasse, ein Mehr von 63 Millionen und gegenüber den Matrikularbeiträgen ein solches von $51\frac{1}{4}$ Millionen ergeben. Da $25\frac{1}{2}$ Millionen auf Grund des Gesetzes vom 16. April d. Js. zur Schuldentilgung abgingen, würden mithin den Bundesstaaten $37\frac{1}{3}$ Millionen über die etatsmäßige Erwartung hinaus zufließen. Da das Anleihesoll thatsächlich nur $26\frac{1}{2}$ Millionen in diesem Jahre betrage, so liege die hohe Wahrscheinlichkeit vor, daß im laufenden Rechnungsjahre zum ersten Male seit 20 Jahren das Reich mit neuen Schulden nicht belastet würde. Für das Jahr 1897|98 seien allerdings für die Heeresverwaltung 7 Millionen an fortdauernden Ausgaben mehr gefordert, hierunter befänden sich aber 4 Millionen in Folge der Steigerung der Getreidepreise und über $\frac{1}{2}$ Million an der Umformung der 4. Bataillone. Aus der Heeresverstärkung des Jahres 1893 seien noch 5 Millionen rückständig, von welchen über $\frac{1}{2}$ Million im Etatsentwurf angefordert würde. Einmalige Ausgaben seien aus diesem Anlaß nicht mehr zu begleichen. Für die Umformung der 4. Bataillone wurden $6\frac{1}{2}$ Millionen einmalig angefordert und blieben $4\frac{1}{2}$ Millionen für die Zukunft vorbehalten. Aus dem Etatsentwurf blieben für die Militär-Verwaltung — incl. der bayerischen Quote — im Ganzen im Ordinarium fast 88 Millionen, im Extra-Ordinarium etwa 24 Millionen in Zukunft noch zu fordern. Im Marine-Etat betrügen für Schiffsbauten, Artillerie- und Torpedo-Armirung die Fortsetzungsraten $50\frac{1}{3}$ Millionen, die neuen Forderungen $10\frac{1}{3}$ Millionen. Der Herr Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts werde die technische Nothwendigkeit nachweisen, welche die Forderung der Fortsetzungsraten in der angegebenen Höhe bedingt habe. Unter den neuen Forderungen befände sich nur ein im Interesse des Seedienstes erforderlicher neuer Aviso, sonst abgesehen von den Torpedobooten, nur Forderungen für Ersatz veralteter, abgängiger oder in Verlust gerathener Schiffe sowie für 2 Kreuzerbauten auf Grund der Denkschrift des Jahres 1889|90. Für neue Bauten seien im Postetat $4\frac{1}{2}$ Millionen eingestellt, d. h. weniger wie im Jahre 1895|96 und im Etat des laufenden Jahres. Auch die Belastung der Zukunft sei geringer wie gegenwärtig; er hoffe, daß auf dem Gebiete der Postbauten allmählig ein gewisser Beharrungszustand eintreten und sich die jetzige Bauausgabe noch verringern lassen werde. Ziehe man die auf den Reichsüberschuß im laufenden Jahre angewiesenen $8\frac{1}{2}$ Millionen in Rechnung, so sei das Anleihesoll im Etats-Entwurf allerdings 30 Millionen höher wie im Vorjahre. Der Münzgewinn habe wesentlich geringer eingestellt werden müssen, nachdem die Ausprägung von 22 Millionen Silbermünzen mit einem Reingewinn von $1\frac{3}{4}$ Millionen beendet sei. Indem schließlich der Reichsschatzsekretär auf die Forderung für die Erhöhung der Beamten- und Offiziers-Besoldungen zu sprechen kam, setzte er die Gründe auseinander, aus welchen man mit jener Maßregel da fortfahre, wo man 1890 aufgehört habe. Eine Verbesserung der Beamtenbesoldungen ohne gleichzeitige Verbesserung der äußern Lage der entsprechenden Chargen des Offizierkorps sei völlig ausgeschlossen. Die Lebenshaltung des deutschen Volkes habe sich überhaupt gehoben und müsse man hierauf auch bei der Besoldung der Beamten Rücksicht nehmen. In anderer Form, als durch Fortführung der allgemeinen Besoldungsverbesserung habe sich auch der Resolution des Reichstags, welche den gleichen Gegenstand betraf, nicht genügen lassen, wenn man nicht neue Ungleichheiten schaffen wolle. Die Besoldungsverbesserung lege ein dauerndes erhebliches finanzielles Opfer auf, da hiervon auch der Pensionsfonds und die Reliktenbeträge berührt würden. Man habe deshalb maßhalten müssen und nicht alle Erwartungen erfüllen können, um so weniger, als z. Zt. große bürgerliche Erwerbskreise einen harten Existenzkampf zu führen hätten. Er bitte den Reichstag Namens der verbündeten Regierungen die Vorlage, von den gleichen Gesichtspunkten aus zu prüfen und durch ihre Genehmigung dazu beizutragen, daß das Gefühl wirthschaftlicher Sicherheit und Beruhigung in den betheiligten Kreisen einkehre und hiermit eine erneute Anregung zur freudigen Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes.

Abg. Fritzen (Ctr.) bemängelt die vielen Forderungen für unproduktive Zwecke. Die außerordentlich gesteigerten Ausgaben des Marine etats müßten stutzig machen. Es seien bedeutende Abstriche nöthig und möglich. So werde seine (Redners) Partei den neuen Panzer „Ersatz König Wilhelm“ nicht bewilligen und vielleicht noch manchen andern Posten ablehnen. „Es ist kein Wunder, wenn wir einmal die Geduld verlieren. Ich hoffe, der Reichstag wird sich den uferlosen Marineplänen nicht geneigt zeigen. Meine Partei wird sich nicht bis aufs Blut auspressen lassen, um dem Phantom einer Weltpolitik nachzujagen, die schon einmal das Deutsche Reich zum Untergange geführt hat.“ (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Staatssekretär v. Bötticher bemerkt gegenüber dem Vorredner, daß die Sozialreform keinen Stillstand erleiden werde, daß der Verkehr durch den Nord-Ostseekanal seit der Tarifänderung einen Aufschwung verspreche und daß die Abwehr der Maul- und Klauenseuche aufs Beste gefördert werden solle.

Abg. Richter (fr. Vp.): „Statt den Anleiheetat zu beschränken, wird er erhöht, statt der lex Lieber gemäß zu handeln, werden die Ueberweisungen erhöht; alle Vortheile aus der gegenwärtigen günstigen Lage werden versäumt. Was ist das für eine Finanzirung! Und das bei der günstigen Lage der Einzelstaaten, bei der Ersparniß aus den Convertirungen, bei den Ueberschüssen aus den Eisenbahneinnahmen u. s. w. Die freisinnige Volkspartei wird gegen jede Bilanzirung stimmen, welche durch eine Anleihe gedeckt werden soll.“ Auf einzelne Punkte übergehend, führt Redner aus, das Zuckersteuergesetz habe ein klägliches Fiasco gemacht. Die Zuckerindustrie sei schwer geschädigt. Die Einnahmen aus dem Postetat könnten bedeutend erhöht werden, und zwar zum Theil durch Herabsetzung der Gebühren für Werthdeklarationen. Der Postzeitungstarif sei eine Prämie auf unpolitische Zeitungen. Aus den Kolonien höre man durchweg Ungünstiges. „Wißmann hat für Ostafrika direkte Steuern vorgeschlagen. Das könnte nur ein Mann fertig bringen: Wenn sich Herr Miquel entschließen könnte, einige Zeit auf Urlaub dorthin zu gehen.“ (Große Heiterkeit.) Bei der Besprechung des Armee- und Marineetats erwähnt Redner den Wechsel im preußischen Kriegsministerium und bezeichnet die Geschichte des Militärkabinets als eine fortgesetzte Geschichte der Intriguen und Hintertreppenpolitik am preußischen Hofe. „Ich habe zur Dreibundspolitik volles Vertrauen, aber nach den Aeußerungen des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall bezüglich des Zusammengehens mit Frankreich und Rußland, das sich wiederholen könnte, hängen vielleicht die Schiffsvermehrungen mit einem geplanten überseeischen Dreibunde zusammen. Im überseeischen Dienste kennt der Chauvinismus keine Grenzen. Weltpolitik sei für ein Reich, was für den Einzelnen Größenwahn ist. Wir sind gewillt, keine ersten Raten zu bewilligen, ehe nicht die angefangenen Bauten weitergefördert sind.“ Die Erwägungen über die Militärstrafprozeßordnung und das Vereinsgesetz zögen sich bedenklich in die Länge.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe: Ich muß erklären, daß dem Reichskanzler die Verantwortung für das obliegt, was sich auf die Verwaltung der Armeeangelegenheiten nach Maßgabe des Etats bezieht. Ich darf versichern, daß, so lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, keine Maßregel getroffen ist, welche ich nicht mit meiner Verantwortung hätte decken können. Glaubt der Herr Vorredner Anlaß zur Kritik zu haben, so überlasse ich ihm, diese Kritik allein mir gegenüber geltend zu machen und davon abzusehen, andere Organe, welche wie das Militärkabinet, eine parlamentarische Verantwortung nicht zu tragen vermögen, dafür verantwortlich zu machen. — Was den Abgang des Ministers Bronsart von Schellendorf anlangt, so ist die Ernennung und Entlassung der Minister nach preußischem Verfassungsrecht ausschließlich ein Recht der Krone. Ich habe als preußischer Ministerpräsident nicht den geringsten Anstoß genommen, die Ordre gegenzuzeichnen, und zwar deshalb, weil ich mich überzeugt hätte, daß der Minister nicht geneigt war, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen.

Es folgt darauf eine persönliche Bemerkung des Abg. Hasse (natl.).

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr zur Weiterberathung.

(Schluß 5 Uhr 40 Min.)

Lokales.

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

♀ [Lehrer, welche ihre Befähigung] nur durch Prüfungszeugnisse außerpreußischer Prüfungsbehörden des deutschen Reichs darthun, können nach einer Entscheidung des preußischen Unterrichtsministers im öffentlichen Volksschuldienst unter Erlaß der ersten Prüfung provisorisch, aber unter der Bedingnng angestellt werden, daß sie die in Preußen vorgeschriebene zweite Prüfung nach Maßgabe der Prüfungsordnung vor einer preußischen Prüfungsbehörde ablegen. Da jedoch eine hinreichende Anzahl von Schulamtsbewerbern, welche in preußischen Seminaren vorgebildet sind, zur Verfügung steht, würde zu deren Verwendung schwerlich Gelegenheit sein.

♁ [Prämien für Gartenanlagen.] Um den Gartenbau bei den Bauern, welche sich in ausgedehnten Gebieten überhaupt nicht mit diesem Zweige der Landwirthschaft befassen, zu fördern, ist vom Landwirthschaftsminister beschlossen worden, für die Anlage von Obst- oder Gemüsegärten Prämien auszusetzen.

♃ [Zur Verwendung von Margarine in den Eisenbahnwirthschaften] hat die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin an sämmtliche Stationen mit Bahnhofswirthschaften folgende Verfügung erlassen: „Im Hinblick darauf, daß in den Bahnhofswirthschaften für die dem Publikum dargebotenen Butterbrode vielfach Margarine statt natürlicher Butter Verwendung finden soll, wird es für angemessen erachtet, daß, wenn eine solche Verwendnug stattfindet, das Publikum hiervon Kenntniß erhält und vor Täuschung, Margarine statt Butter zu genießen, geschützt wird. Die Stationsvorstände wollen deshalb von den Bahnhofswirthen eine schriftliche Aeußerung darüber fordern und der Betriebsinspection vorlegen, ob sie Margarine für den bezeichneten Zweck verwenden. Wo dies der Fall ist, ist durch die Betriebsinspection zu veranlassen, daß in den zum Aushang gebrachten Preis-Verzeichnissen neben den Butterbroden auch Margarinebrode unter entsprechender Abstufung des Preises aufgeführt werden. Für die Directions-Acten ist hiervon Mittheilung zu machen. Sollte sich später herausstellen, daß Bahnhofswirthe, welche die obige Frage verneint haben, gleichwohl Margarine verwenden, so wird gegen dieselben je nach Umständen mit Kündigung des Vertrages vorgegangen werden zc.“

Vermischtes.

Die Lehrer der Ohrenheilkunde an den deutschen Universitäten haben eine Eingabe an das Reichskanzleramt gerichtet, dahin zu wirken, daß bei der Staatsprüfung die Kandidaten auch die für den praktischen Arzt nothwendigen Kenntnisse und Fertigkeiten in der Ohrenheilkunde aufweisen müssen. Von Interesse ist die Begründung dieser Forderung. Es wird hervorgehoben, daß es im deutschen Reiche etwa 38 000 Taubstumme giebt, deren Gebrechen in der Mehrzahl nicht angeboren, sondern ein erworbenes ist, und von Ohrenerkrankungen herrührt, die, zur rechten Zeit in ärztliche Behandlung genommen, oft heilbar sind; daß bei 75 vom Hundert der verstorbenen Säuglinge Mittelohrentzündung festgestellt ist, die am Lebenden erkannt und behandelt werden könnte; daß unter den Schulkindern 25 v. H. vorhanden sind, die nicht normal hören; daß dieser Prozentsatz sich bei Erwachsenen auf 33 v. H. erhöht; daß eine nicht normale Hörschärfe bei Kindern die geistige Entwickelung und bei Erwachsenen die Existenz erschwert zc.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Frank in Thorn.

Die Brüder.

Novelle von **Reinhold Ortmann.**

(Fortsetzung aus dem ersten Blatt.)

Sie hatte ja nichts Anderes erwarten dürfen, als daß sie ihre Vaterstadt auf lange Zeit, wenn nicht auf immer, würde verlassen müssen, und noch gestern hatte sie Hermann Eggestorf gegenüber vollkommen ruhig davon gesprochen. Aber es war doch etwas ganz Anderes, mit diesem Gedanken als mit einer bloßen Möglichkeit zu rechnen oder ihn als unmittelbar bevorstehende, unabänderliche Thatsache ins Auge zu fassen. Bei der einsiedlerischen Lebensweise ihres Vaters hatte sie hier nur wenige Bekanntschaften gemacht, und auch diese wenigen hatten sich nach der Aufhebung ihres Verlöbnisses wie vollends nach dem Tode des alten Malers ganz von ihr zurückgezogen. Sie hatte kaum eine Freundin, und wenn sie die Gestalten aller derer, zu denen sie in mehr oder minder oberflächlichen Beziehungen stand, an ihrem Geiste vorübergleiten ließ, so war es immer nur ein Einziger, von dem auf lange Zeit zu scheiden ihr wie etwas Unmögliches erschien — Einer, den sie bis zur letzten Erkrankung ihres Vaters kaum beachtet und der seit jenem Zeitpunkt eine so bedeutsame Rolle in ihrem Leben gespielt hatte.

So lange sie Werner Eggestorf's Braut gewesen war — und sie war es nach sehr kurzer Bekanntschaft geworden — hatte sie überhaupt kaum Gelegenheit gehabt, seinem Bruder näher zu treten. Er hatte sich mit streng korrekter, aber äußerst zurückhaltender Höflichkeit gegen sie benommen, und in seiner wortkargen Verschlossenheit war für ihr heiteres, jugendfrisches Temperament sehr wenig Anziehendes gewesen. Als sie dann auf dem verhängnißvollen Frühlingsfest die tödtlichste Beleidigung erfahren, die einem arglos vertrauenden Mädchen zugefügt werden kann, und als Werner Eggestorf, statt sie um Verzeihung zu bitten, in einem phrasenhaften Briefe seine Freiheit zurückgefordert hatte, war für ihren in tiefster Seele gekränkten Vater an irgend welche weiteren Beziehungen zu einem Menschen, der den verhaßten Namen ihres Beleidigers trug, selbstverständlich nicht mehr zu denken gewesen. Und Hermann hatte sich ihnen nicht aufgedrängt. Er war damals nicht nur für sie, sondern auch für alle seine Bekannten so gut wie unsichtbar geworden, und man hatte erst wieder von ihm zu sprechen begonnen aus Anlaß eines Vorkommnisses, dessen Kunde aus naheliegenden Gründen ihr und ihrem Vater von den verschiedensten Seiten zugetragen worden war.

Nach einer Sitzung des Künstlervereins, an der er theilgenommen, hatte einer von Werner Eggestorf's intimeren Freunden die romantische Flucht des jungen Bildhauers zum Gegenstand verschiedener beifälliger Aeußerungen gemacht, in denen der alte Arnholdt und seine Tochter nicht eben respektvoll behandelt wurden. Die Bemerkungen waren nicht an ihn gerichtet gewesen trotzdem hatte sich Hermann sogleich von seinem Platze erhoben, war anscheinend ruhig auf den Sprechenden zugetreten und hatte von ihm verlangt, daß er seine Worte auf der Stelle zurücknehme. Der Andere in seiner übermüthigen Weinlaune hatte sich dessen geweigert und hatte sogar noch eine weitere spöttische Aeußerung über den Maler hinzugefügt. Da war er plötzlich, noch ehe einer der erstaunten Zuschauer es zu hindern vermochte, von Hermann Eggestorf's riesenstarken Armen aus seinem Stuhle empor gerissen und unsanft in die Kniee niedergedrückt worden, und so furchtbar hatte nach dem Zeugnisse Aller der sonst so stille und bescheidene Bildhauer ausgesehen, daß der jäh ernüchterte Lästerer in wahrer Todesangst widerrufen hatte, was er gesprochen.

Die nächste Folge des peinlichen Auftritts war Hermann Eggestorf's Ausschließung aus dem Künstlerverein gewesen; Meister Arnholdt aber hatte von dem Tage an aufgehört, ihn zu hassen, und als er ihm einmal auf der Straße begegnet war, hatte er ein paar freundliche Worte und einen Händedruck mit ihm getauscht. Dabei hatte es dann sein Bewenden gehabt, bis die letzte, tödtliche Krankheit dem alten Maler Pinsel und Palette aus den rastlos schaffenden Händen genommen und ihn zu Margarethens grenzenloser Verzweiflung auf das Sterbelager niedergestreckt hatte. Am zweiten Tage schon war Hermann Eggestorf gekommen, sich nach dem Befinden des Kranken zu erkundigen. Arnholdt hatte ihn zu sprechen verlangt, und es war eine lange Unterredung geworden, die sie da unter vier Augen miteinander geführt hatten. Tag für Tag hatte er sich dann als der einzige wahrhaft theilnehmende Freund in dem bescheidenen Künstlerheim eingefunden, und zuletzt, als der Eintritt der Katastrophe stündlich erwartet werden mußte, war er überhaupt kaum noch von dem Bette des Sterbenden gewichen. Er hatte Meister Arnholdt's müde Rechte in der seinigen gehalten, während Jener sanft hinüber schlummerte in den ewigen Frieden, und er hatte die fassungslose Waise mit schlichtem, treuherzigem Zuspruch zu trösten versucht, als sonst Niemand da war, sie aufzurichten und zu stützen in ihrem unermeßlichen Jammer.

Daran dachte sie jetzt und an alles das, was er seitdem sonst noch für sie gethan. So hingebend und zugleich mit so feinfühliger Zartheit hatte er für sie gesorgt, daß sie sich allgemach daran gewöhnt hatte, ihn als ihre Vorsehung zu betrachten, und daß sie jetzt im innersten Herzen erbebte bei der Vorstellung ihn zu verlieren, seine treuen, ernsten Augen nicht mehr zu sehen, seine rührende Stimme nicht mehr zu hören. Hätte sie sich nicht ihres zaghaften Kleinmuths geschämt, und hätte sie nicht gefürchtet, ihm als launenhaft und energielos zu erscheinen, so würde sie in der ersten Niedergeschlagenheit, mit welcher der Gedanke an eine Trennung sie erfüllt, den Brief der Vermittlerin gewiß mit der Ablehnung beantwortet haben. Noch zur rechten Zeit aber erinnerte sie sich, daß er selber ja ihren Entschluß gebilligt habe, sich unter fremden Leuten eine nutzbringende Thätigkeit zu suchen, und ob es ihr dabei auch todestraurig zu Sinn sein mochte, die Erinnerung an diese seine Zustimmung wurde für sie zur Richtschnur ihres Handelns.

Sie setzte sich an den alten Schreibsekretär ihres Vaters und machte Hermann Eggestorf in kurzen Worten Mittheilung von dem vortheilhaften Antrage, der ihr fast wider Erwarten zu Theil geworden sei. Ohne ihn darüber im Zweifel zu lassen, daß es ihr dringender Wunsch sei, das Erbieten anzunehmen erfüllte sie doch das gestern gegebene Versprechen, indem sie erklärte die entscheidende Zusage von seiner Einwilligung abhängig machen zu wollen. Nur würde, so fügte sie hinzu, für eingehende Erkundigungen unter den obwaltenden Umständen kaum noch Zeit genug verbleiben, und sie könne auf solche in dem vorliegenden Fall wohl auch um so eher verzichten, als ihr die vierwöchigen Probezeit ja immer noch eine Möglichkeit des Rücktritts offen ließe.

(Fortsetzung folgt.)

Warnung.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß an den Gasleitungen in den kanalisirten Straßen noch schadhafte Stellen vorhanden sind bezw. entstehen und da bei gefrorenem Erdboden das ausströmende Gas sich leicht unter der Frostschicht nach den Häusern zieht, so ersuchen wir **dringend**, wenn in Häusern, besonders in Kellerräumen

Gasgeruch

zu spüren ist, **sofort** der Gasanstalt Anzeige zu machen. Dieselbe wird für schleunigste und natürlich kostenlose Abhilfe sorgen. Man vermeide es in Räumen, in denen es nach Gas riecht, Licht oder Feuer zu brennen oder gar mit Licht die Ursache zu suchen. Zweckmäßig ist es dagegen, die Fenster zu öffnen oder in anderer Weise für energische Lüftung zu sorgen. 5116

Thorn, den 28. November 1896.

Der Magistrat.

Standesamt Thorn.

Vom 23. bis einschl. 28. November d. Js. sind gemeldet:

a. Geburten:

1. Maurer Joseph Golembiewski, Sohn. 2. Eine uneheliche Tochter. 3. Amtsgerichts-Sekretär Gustav Bayer, T. 4. Ein unehel. Sohn. 5. Restaurateur Albert Lyskowski, T. 6. Tischlermeister Adolph Klauß, Tocht. 7. Eine uneheliche Tochter. 8. Arb. Johann Lipertow'cz, Sohn. 9. Ein unehelicher Sohn. 10. Schiffer Joseph Wadzinski S.

b. Sterbefälle:

1. Arb. Eduard Dirks, 35 J. 9 M. 1 Tg. 2. Musketier Josef Nowakewitz, 20 J. 11 M. 5 Tg. 3. Eduard Büttner aus New-York 1 J. 3 Mon. 9 Tg. 4. Paul Erich Heise 7 J. 6 Mon. 3 Tg. 5. Kellner Johannes Blaschke 25 J. 5 M. 4 Tg. 6. Fortifikationsschreiber Ferdinand Gaedtke 72 J. 8 Tg.

c. Aufgebote:

1. Arbeiter Martin Friedrich Zieme und Marie Luise Kegel, beide Berlin. 2. Klempner Robert Theodor Dreßler und Wilhelmine Leokadia Kopischke, beide Culm. 3. Hoboist und Sergeant im Inf.-Regt. Nr. 21 Karl Deicke u. Klara Lindner. 4. Kutscher Eduard Emil Marx und Marianna Kamedula, beide Berlin. 5. Feldwebel im Inf.-Regt. Nr. 61 Eduard Sterna und Johanna Schnitzker, Gatsch. 6. Tuchmacher Richard Bruno Berger und Auguste Bertha Leßke, beide Wurzen. 7. Oberkellner Albert Just und Bertha Choinacki. 8. Arbeiter Gustav Hoffie und Auguste Hausmann. 9. Schornsteinfeger Hermann Regemann und Auguste Kremin geb. Schulze. 10. Sergeant im Inf.-Regt. Nr. 61 Hermann Piepke und Anna Buhse, Mocker. 11. Ziegler Gottfried Marohn, Lessen und Anna Lienau, Gr. Leistenau. 12. Hoboist und Sergeant im Inf.-Regt. Nr. 61 Wilhelm Boße und Ida Lück, Sackrau.

d. ehelich verbunden:

1. Bäckergeselle Paul Kukielski mit Emilie Eichholz - Schloßhauland. 2. Bahnmeister Heinrich Witte mit Clara Glogau. 3. Dekorateur Franz Reyenkowsci mit Elisabeth Marx. 4. Schiffsgehilfe Adam Wisniewski mit Veronica Grzywinski. 5. Wirthschafts-Inspektor Albert Adloff - Hermannshof mit Theophila Kwiatkowski.

Bekanntmachung.

Zur Wahl von vier Mitgliedern zur Handelskammer an Stelle der auf Grund des Gesetzes vom 24. Februar 1870 ausscheidenden Herren:

Herm. Schwartz jun.,
J. Lissack,
N. Leiser und
Herm. Schwartz sen.

habe ich einen Termin auf

Mittwoch, den 9. Dezember,

Nachmittags 5 Uhr

i. kleinen Saale d. Schützenhauses

anberaumt, wozu ich die Herren Wahlberechtigten einlade. (5128)

Thorn, den 2. Dezember 1896.

Der Wahlcommissarius.
Herm. J. Schwartz.

Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei Ernst Lambeck, Thorn.